

Calmer Wochenblatt

Nr. 115.

Wochen- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Erscheinungswort: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hg. in Calw, 25 Hg. in Stuttgart. — Inhalt der Anzeigenliste 5 Hg. normalmäßig. — Druckpreis 5 Hg.

Dienstag, den 20. Mai 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Ort u. Nachbezugspreis Mk. 2.75, im Fernverkehr Mk. 2.85, Bestellgeld 30 Hg.

Zur Friedensfrage.

Verschiedene deutsche Gegenvorschläge in Vorbereitung.
Berlin, 19. Mai. Für die nächsten Tage ist die Ueberreichung einer Reihe von größeren besonderen Notizen geplant, so über die Ostfragen, über Elsass-Lothringen und die besetzten Gebiete, über den Rechtsgrund, den Umfang und die Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadenersatzverpflichtungen, über die Behandlung des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland, endlich auch über das Arbeiterrecht. Alle bisherigen Nachrichten über den Inhalt unserer Gegenvorschläge beruhen auf Kombinationen, insbesondere auch diejenigen des hiesigen Korrespondenten des „Daily Mail“.

Die angeblichen Gegenvorschläge Deutschlands.

Berlin, 20. Mai. Laut „Vossischer Zeitung“ will der „Matthäus“ wissen, daß der deutsche Gegenvorschlag folgende Grundlinien haben werde: Deutschland verharre auf den 14 Punkten Wilsons und verlange Volksabstimmungen in den strittigen östlichen Gebieten. Ueber die Saar Kohlen werde das Angebot eines Wirtschaftsgebietes erfolgen. Deutschland werde sich ferner zum Wiederaufbau der zerstörten Verpflichten, wenn es die Erleichterungen und diejenigen Rohstoffe erhalte, die für die Wiederbelebung seiner Arbeit notwendig seien. Die militärische Kontingenz soll vorläufig höher bleiben als im Friedensvertrag festgesetzt worden ist. Als Beweis für seinen ersten Abrüstungswillen sei Deutschland bereit, die ganze Kriegsstärke der Friedenszeit abzuliefern, falls die Handelsflotte zurückgegeben werden. Wenn dieser Vorschlag abgelehnt werden sollte, müsse die deutsche Regierung die Vertragsunterschrift verweigern.

Die deutschen Delegierten zur Erörterung der Schuldfrage.

Berlin, 19. Mai. (Priv.-Tel.) Außer Professor Delbrück und General Grafen Montgelas ist zur Mitberatung in der Schuldfrage auch Professor Max Weber nach Versailles abgereist. — Die deutschen Delegierten werden unserem Empfinden nach keine Gelegenheit zur Anbringung ihrer Auffassung haben, denn selbstverständlich hat die Entente keinen Grund, ihre Schuld am Kriege offiziell festzustellen zu lassen. Uebrigens scheinen uns die beiden Vertreter Delbrück und Weber, die eine ausgesprochen englandschonende Auffassung in der Schuldfrage haben, wegen ihrer Voreingenommenheit und Untuglichkeit gegenüber den englischen und amerikanischen Rivalen nicht die geeigneten Vertreter eines gut deutschen Standpunktes, wie wir ihn jetzt zur Abweisung des mit allen Mitteln diplomatischer Gerissenheit geführten Beschuldigungsfeldzuges der Entente brauchen.

Die deutsche Note über Missionen.

(W.B.) Versailles, 18. Mai. Dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, wurde heute folgende Note des Reichsministers Grafen Brodorski-Ranzau übergeben:
Versailles, 17. Mai 1919.

Sehr Präsident!

Seit mehr als 200 Jahren haben deutsche Missionare beider christlichen Konfessionen in allen Erdteilen sich der zelligen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung der Bevölkerung gewidmet. Diese vielverdienende Tat, wenn der Artikel 438 zur Ausführung gelangen sollte, so würden die deutschen Missionare aus allen ihren Arbeitsfeldern mit Ausnahme des niederländischen Kolonialreiches gewaltsam verdrängt. Sie würden ihrer wohlverdienten Rechte beraubt und aus ihrer Wirksamkeit gestochen, für die sie sich besonders vorbereitet und ausgebildet haben. Aber es steht mehr auf dem Spiel: Mehr als 1½ Millionen Taufbewerber und Schüler aller Rassen wurden ihre geistigen Führer verlieren und in die Gefahr des Rückfalls geraten. Vergleichen man den Artikel 438 des Friedensentwurfs mit den Bestimmungen der Kongoakte, die den Schutz und die Freiheit der Missionen gewährleisten, so erkennt man mit Bestimmtheit, in welchem Grade die Rechtslage der christlichen Missionen verschlechtert und das Vertrauen in ihrer Tätigkeit vermindert wird, wenn man aus politischen Gründen den internationalen Charakter antastet. Die Missionen der Völker, die von den alliierten und assoziierten Regierungen vertreten werden, haben, wie die deutsche Delegation gern anerkennt, hervorragendes und vorbildliches geleistet. Die deutsche Delegation vermag daher nicht zu glauben, daß diese Regierungen sich der deprimierenden Folgen bewußt sind, die der Artikel 438 nach sich ziehen müßte. Jedenfalls findet die deutsche Regierung die Zustimmung, den Artikel ihrerseits anzunehmen, mit ihrer Würde nicht vereinbar. — Zu den Bedingungen, die dazu bestimmt scheinen, die Wiederherstellung der Völker viel mehr zu verhindern als anzubahnen, gehört der Artikel 438, dessen unheilvolle Folgen

nach viele Jahre zu spüren sehr würden. Um sie zu verhüten, empfiehlt die deutsche Delegation, einen gemischten Ausschuss von Sachverständigen einzusetzen, der den Auftrag hätte, mündlich zu erörtern, in welcher Weise die Wirkungen des Weltkrieges auf die christlichen Missionen am zweckmäßigsten geregelt würden.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung
(G.)
Brodorski-Ranzau.

Die Unterbildung des Nachrichtendienstes in den besetzten deutschen Gebieten.

(W.B.) Berlin, 17. Mai. Gegen die Art, wie durch die britische Zensurbehörde auf die linksrheinische deutsche Presse während der Friedensverhandlungen eingewirkt wird, hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa Protest erhoben lassen. Die Zeitungen des besetzten Gebietes sind die einzigen Blätter der ganzen Welt, die nicht in der Lage waren, die Erklärungen der deutschen Staatsmänner in Versailles und in Berlin wiederzugeben. Der Waffenstillstandsvertrag gibt den Besatzungsbehörden kein Recht auf derartige Eingriffe. Ferner hat die Besatzungsbehörde kein Recht, einen Teil des deutschen Volkes in seiner schwersten Stunde daran zu hindern, die Wahrheit zu erfahren.

Der Verantwortlichkeitsstreit.

(W.B.) Paris, 18. Mai. (Ag. Havas.) Der österreichische Friedensvertrag ist fast fertig. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit für den Krieg sind faktisch dieselben wie in dem Deutschland betreffenden Vertrag, aber der frühere Kaiser Karl wird nicht angeklagt.

Bemühungen des Papstes um Milderung der Friedensbedingungen.

Breslau, 19. Mai. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ erfährt, hat der Fürst-Bischof von Breslau auf seine Bitte an den Papst um dessen Intervention für Milderung der Friedensbedingungen durch den Nuntius in München die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Papst bereits in dieser Richtung tätig sei.

Der internationale Frauenkongress gegen die Versailles Friedensbedingungen.

Zürich, 19. Mai. Der internationale Frauenkongress führte seine Verhandlungen zu Ende, nachdem er zuvor eine Resolution zum Völkerverbund beschlossen hatte, worin es heißt, daß der Völkerverbundentwurf der Alliierten vielfach mit den 14 Punkten Wilsons in Widerspruch stehe und Bestimmungen enthalte, die nicht zur Sicherung des Weltfriedens beitragen würden. Es wurde ferner beschlossen, daß alle Delegierten nach der Rückkehr in ihre Länder Protestversammlungen gegen den Versailler Frieden veranstalten sollten.

Eine schamlose englische Lüge.

(W.B.) Rotterdam, 17. Mai. Dem „N. N. C.“ zufolge lagte der englische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Hammworth, diejenigen die für die Blockade verantwortlich seien, hätten keinerlei Reue gezeigt, irgend wie gegen die Lebensmittelversorgung der früher feindlichen Länder aufzutreten. Er habe die Blockade immer als die stärkste Waffe der Alliierten betrachtet. Sie werde, wenn Deutschland die Friedensbedingungen unterzeichnet habe, sofort aufgehoben werden. Die Blockade sei mehrere Monate nicht in Kraft gewesen, um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nicht zu behindern. (Das ist doch das stärkste, was sich englische Heuschrecke bisher geleistet hat.) Die Alliierten hätten die Blockade über das ganze Schwarze Meer aufgehoben. Sie sei erst dann über einige Teile von Rußland verhängt worden, als die Versuche der bolschewistischen Regierung, die Lebensmittelzufuhr als Mittel zur Stärkung ihrer Politik zu benutzen, bekannt wurden.

Gegen die Verwilderung unserer Seeschiffe.

(W.B.) Hamburg, 17. Mai. Protestversammlung der deutschen Seeschiffintressenten gegen den Weltfrieden. In einer heute stattgefundenen von mehr als 1000 Vertretern der deutschen Seeschiffahrt besuchten Versammlung wurde nach Reden von Direktor Guldemann, Kapitän Schrötter und Paul Müller, dem Vorsitzenden des Deutschen Seemannsbundes, eine Resolution angenommen, die einmütig gegen den Weltfrieden und die zugedachten Gewaltfrieden protestiert, der den von uns ebenfalls angenommenen Wilsonschen Grundgedanken in keiner Weise entspricht. Insbesondere protestierte die Versammlung gegen diejenigen Bedingungen, durch welche die vom Kriege zerstörte deutsche Seeschiffahrt vernichtet und ihr Wiederaufbau

unmöglich gemacht werden soll. Die Aeußerung der deutschen Regierung und der deutschen Nationalversammlung, daß dieser Vertrag unerträglich und unannehmbar sei, findet reichhaltige Zustimmung. Die Versammelten sind fest entschlossen, lieber alle Folgen der Ablehnung des Friedensvertrages auf sich zu nehmen, als den ehehlosen Bedingungen der Feinde sich zu fügen.

Dänemark wehrt sich gegen die Entente deutschen Gebiete.

(W.B.) Kopenhagen, 18. Mai. Bei der vorgestrigen Wahlversammlung der Radikalen in Aalborg hielt der Bertelsgaard Minister Munck eine Rede über die von der Entente festgesetzte Abtretung in drei Zonen Schleswigs und sprach seine Freude darüber aus, daß die Friedensbedingungen dem dänischen Wunsche nach Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark entgegenkommen. Man dürfe sich aber nicht dem verschließen, daß die Bestimmungen des Friedensentwurfes über die Wünsche Dänemarks hinausgingen, da auch eine Abtretung verlangt werde in Gebieten, die nach Sprache und Gesinnung rein deutsch seien. Diese Bestimmungen enthielten die schwersten Gefahren für die Zukunft Dänemarks. Wenn wir — sagte der Minister — gegen 300 000 deutsche Einwohner bekommen, würde Dänemark ein geteilter Staat werden, nämlich ein Dänisch-Deutsches Reich. Wir können an einer solchen Regelung nicht teilnehmen. Der Minister des Innern sagte über die gleiche Frage in einer Versammlung: Wohl ist die Festsetzung der Grenzen des dänischen Staates eine Weltfrage geworden, seitdem sich der Weltfriedenskongress damit beschäftigt. Sie bleibt aber in erster Reihe eine dänische Frage. Dänemark wird zuerst die Folgen einer irrtümlichen Festsetzung der Grenzen zu tragen haben. Die Welt wird nämlich Dänemark einen schweren Vorwurf machen können, wenn es nicht das Aeußerste versucht hat, diesen Irrtum abzuwenden, der auch gegenüber der Welt von schweren Folgen sein würde.

Ein Nein der Landwirte nördlich des Memelstromes.

(W.B.) Tilsit, 17. Mai. Gegen den habgierigen Plan des Feindes, den nördlich des Memelstromes gelegenen Teil Ostpreußens mit zu der sonstigen Raubmasse zu schlagen, haben die landwirtschaftlichen Vereine der Kreise Memel, Ragnit und Tilsit Stellung genommen. In der von ihnen an die zuständigen Stellen übermittelten Drahtungen heißt es u. a.: Wir weisen die beabsichtigte Abtrennung unsres Bodens und Besitzes von Deutschland mit Entrüstung zurück. Keine Macht der Welt darf uns unser deutsches Vaterland rauben, an dem wir tren und fest hängen. Nur dieses Land kann und wird uns deutschen litauischen Landwirten Schutz und Förderung gewähren, während ihre Abtrennung wirtschaftlichen und sittlichen Niedergang bedeutet. Wir werden uns mit allen Kräften gegen jede Vergewaltigung wehren und eine uns mit Gewalt aufgezogene fremde Macht niemals anerkennen.

Wie man deutsches Gebiet entreißen will.

(W.B.) Berlin, 17. Mai. Einzelne Zeitungen der neutralen Presse berichteten kürzlich über eine Deputation von 4 masurenischen Bauern, die mit Pässen ins amerikanische Hauptquartier nach Paris gekommen seien, um im Namen von Masuren die Vereinigung mit Polen zu verlangen. Diese Deputation sei auch von Präsident Wilson empfangen worden. — Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist diese Deputation in keiner Weise berufen, für die masurenische Bevölkerung zu sprechen, da sie nicht gewählt, sondern von polnischer Seite ernannt worden sei. An ihrer Spitze steht der polnische Agitationsführer Lewandowski, der kein Masure sondern Pole ist. Daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Regierungsbezirks Allenstein deutsch bleiben will, haben die eben stabsgeführten Gemeinde- und Kreisräte bewiesen. In Allenstein, wo der polnische Einschlag am stärksten ist, hat sich bei der Kreiswahl eine deutsche Zweidrittelmehrheit ergeben und in der Stadt Allenstein ist unter die Stadtverordneten nur ein einzelner Pole gewählt worden.

Ein englisch-russisches Seegesecht.

Helsingfors, 18. Mai. Ein bolschewistisches Geschwader fuhr morgens aus Kronstadt aus. Gleichzeitig beschlossen die bolschewistischen Batterien von Oranaja Gorga die Rüste. Britische Kriegsschiffe schlugen nach einem Gefecht von 35 Minuten das bolschewistische Geschwader in die Flucht. Es wird gemeldet, daß ein bolschewistisches Schiff gesunken und ein zweites gestrandet ist.

Russisches Ultimatum an die Polen.

Berlin, 19. Mai. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat nach Warschauer Meldungen ein Forderung der russischen Sowjetregierung das

attlicher Parken
hes einig. Auch
den Minderdä
stand unter die
insam Bürger
Minister der Ge
hohen Aufwand
Zeit infolge des
der leer stehen
mit den Spar
zu Einschränkun
zwingen werden
ge stellt, die
Aeußerhalb des
die Behauptung
s, Eugen Roth,
interfraktionell
Larstvertrag des
zu ermäßigen.
er der Konferenz
cht haben. Die
hofft.

m a n n, Calw
ruderer, Calw.

urt eines
rchens
ankbarer
Mai 1919.
rer Beck
eb. Mayer.

ausmusik
nd Laute
richt.
20 halben
den.
Telefon 92.

rbeiten
billig
reifeurmeister
lw.

offer mittlere
Größe
die Geschäftsstelle

ngstett.

ug- u. Schaf-
Ruh
auf aus
lieb Zipperer.

ürze,
chen,
fütter,
rogerie
Nagolb-
e.

Kärste,
nten und
asrechen
blung,

Kinden
gen kauft zu

rrreichenbach.

polnische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verständigt, daß die Besetzung von Wilna durch die Polen als Kriegserklärung betrachtet wird.

Polnisch-ukrainische Kämpfe.

Wien, 18. Mai. Nach einer Meldung des polnischen Generalstabs aus Warschau vom 17. Mai eroberten die Polen bei der Offensive gegen die Ukrainer die Stadt Romarno. Die Hauptmacht der Polen steht nordwestlich Lemberg. In Wolhynien sind die Ukrainer am Styr unzugänglich und zur Waffenstreckung gezwungen worden. Der Befehlshaber Osteski samt seinem Stab und 2000 Mann ist gefangen genommen worden.

Die Ukraine in den Händen der Bolschewisten.

(W.B.) Warschau, 17. Mai. (Zuspruch des Wiener Korrespondenten.) „Gaz. Polska“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Kommandanten der polnischen Militärorganisation in Kiew, der vorgezogen aus Kiew in Warschau eingetroffen ist. Nach seinen Mitteilungen ist mit Ausnahme der Bezirke Lutz, Rowno, Ostrog und einem Teil der Bezirke Schitomir und Kowel die ganze Ukraine in den Händen der Bolschewisten. Kiew, dessen Hauptquartier in Rowno ist, hat sich der Sowjetregierung angeschlossen. Der Kommandant der ukrainischen Armee, Hetman Ostillo hat in Rowno einen Staatsstreik versucht, der aber mißglückte. Mit wenigen Offizieren hat er sich zu den polnischen Truppen gerettet. Die roten Truppen sind auf dem Vormarsch gegen Tarnopol in Ostgalizien eingedrungen und sich mit den Ungarn zu vereinigen. Kiew ist kampfflos den Bolschewisten übergeben worden. Die Stadt wird jetzt vom Bolschewist Karlowitz beherrscht. Gegenwärtig befinden sich auch Lenin und Trotzky in Kiew. Das Elend in der Ukraine ist unbeschreiblich. Banden von Tausenden unorganisierter Leute mit Artillerie brandschatzen das Land.

Das Ende des türkischen Reiches.

(W.B.) Amsterdam, 18. Mai. Der „Telegraaf“ meldet aus Paris, man erblicke allgemein in der Besetzung von Smyrna durch die Alliierten die Ankündigung des Endes der Türkei. In Kreisen der Friedenskonferenz werde erklärt, daß von einem Friedensvertrag mit der Türkei keine Rede sei, denn nach einer Woche, vielleicht auch nach Tagen, werde das türkische Reich nach einer Herrschaft von fünf Jahrhunderten zu bestehen aufgehört haben. Die Zensur läßt noch nicht die Veröffentlichung der Bedingungen zu. Bisher sei nur gesagt worden, daß die Türkei zum Teil an Griechenland fallen werde, während die übrigen Teile einen vielleicht internationalen Staat bilden werden. Der armenische Staat werde unter das Protektorat Amerikas kommen. Kleinasien werde durch Griechenland, Italien und Frankreich verwaltet werden. England erhalte eine wichtige Einflusssphäre in Mesopotamien.

Feindseliger Empfang der Griechen in Smyrna.

Konstantinopel, 18. Mai. Als gestern um 11 Uhr die griechischen Truppen in Smyrna landeten, wurden sie aus dem Lager der Türken mit Gewehrfeuer empfangen, das stundenlang anhält. Es werden über 300 tote Türken und 100 tote Griechen gemeldet. Die griechische Bevölkerung nahm eine feindselige Haltung an und es kam zu Mißhandlungen und Verhaftungen der Türken. Die Lage des griechischen Besatzungskorps ist sehr schwierig.

England und die Freiheit der Völker.

Rotterdam, 19. Mai. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 15. Mai erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Harmsworth, der Ausbruch der Unruhen in Ägypten sei für das Auswärtige Amt eine völlige Ueberraschung gewesen. Bei der Unterdrückung der Unruhen seien fast 1000 Ägypter getötet worden.

Boykott japanischer Waren in China.

Amsterdam, 19. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge melden die Times aus Shanghai, daß jetzt als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den von der Pariser Konferenz gefassten Beschlüssen und als Fortsetzung der Protestkundgebungen versucht wird, einen Boykott von japanischen Banknoten, Artikeln und Schiffen zu organisieren. Die chinesischen Blätter weigern sich bereits, japanische Anzeigen aufzunehmen und die Geschäfte, japanische Artikel auszustellen. — Wenn aber Japan seine Ansprüche mit Gewalt geltend machen will, so werden ihm die Alliierten in den Rücken fallen.

Zur Lage.

* Die deutsche Friedensdelegation hat nach Rücksprache mit der Regierung die Antwort auf den Friedensentwurf der Alliierten fertig gestellt und wird ihn heute durch einen Kurier nach Versailles bringen lassen, wo er am Donnerstag überreicht werden soll. Ueber die Richtlinien, die in dem deutschen Gegenvorschlag enthalten sein sollen, hat die feindliche und neutrale Presse die verschiedenartigsten Vermutungen ausgesprochen, daß die deutsche Regierung nicht unterzeichnen werde, wenn die Entente auf der Abtretung Oberschlesiens sowie von Teilen West- und Ostpreußens bestehen, oder wenn die Bestimmungen über das Saarbecken aufrecht erhalten bleiben sollten. Bezüglich der Kohlenfrage soll der Vorschlag gemacht werden, Frankreich solle während der nächsten 10 Jahre Kohlen in einer Menge von Deutschland erhalten, welche dem Ertrag der zerstörten französischen Bergwerke gleichkomme und zwar kostenlos. Außerdem werde Deutschland an Frankreich soviel Kohlen liefern wie die Gruben in Nordfrankreich in den nächsten 10 Jahren weniger liefern als vor dem Kriege. Diese Kohlen solle Frankreich jedoch vergüten. Weiter soll bezüglich Danzigs der Vorschlag gemacht werden, daß die Stadt deutsch bleiben solle, während der Hafen als Freihafen mit polnischer Verwaltung eingerichtet werden solle. Wie gesagt, diese Angaben beruhen auf Vermutungen, und sind daher mit Vorbehalt und sehr viel Vorsicht aufzunehmen. Selbstverständlich werden auch bezüglich Elsaß-Lothringens und der deutschen Kolonien Gegenvorschläge auf Grund der Wilsonschen Grundsätze gemacht werden. Ob bezüglich unserer ehemaligen Bundesgenossen Schritte in derselben Richtung vorgehen sind, können wir nicht sagen. Grundsätzlich sollten wir un-

Antifische Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Bekehrung die Aufnahme von Jöglingen in die Ackerbauschulen.

Am 1. Oktober wird eine Anzahl von Jöglingen in die Ackerbauschulen zu Hohenheim, Kirchberg, Ellwangen und Ochsenhausen aufgenommen. Es werden daher die Jünglinge, welche in die eine oder andere Ackerbauschule einzutreten wünschen, aufgefordert, sich spätestens bis zum 25. Juni ds. Js. bei dem betreffenden Schulvorstand zu melden. Die Aufzunehmenden sollen das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben. Auch jüngere Bewerber können ausnahmsweise aufgenommen werden. Die Aufzunehmenden müssen vollkommen gesund, für anhaltende Feldarbeiten körperlich erkrankt und mit den gewöhnlichen landw. Arbeiten bekannt sein, die Kenntnisse eines guten Volkschülers und die Fähigkeit besitzen, einen einfachen Vortrag über Landwirtschaft und deren Hilfswissenschaften zu leisten. Wohnung und Unterricht erhalten die Jöglinge für die von ihnen zu leistenden Arbeiten, woselbst sie nach Maßgabe ihrer Leistungen und ihres Verhaltens je am Schluß des Schuljahres noch mit besonderen Geldbeiträgen bedacht werden können. Etwasigen Bedienstigten kann außerdem eine Unterstüßung in Aussicht gestellt werden.

Mit dem Eintritt in die Schule ist die Verpflichtung zu übernehmen, den vorgeschriebenen zweijährigen Lehrgang durchzumachen.

Den Eingaben, in welchen die bisherige Kaufbahn des Bewerbers dargelegt ist, müssen ein Geburtschein, Impfchein, ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand des Bewerbers, das sich auch über etwaige frühere, der Aufnahme hinderliche Erkrankungen des Bewerbers zu äußern hätte, ein Staatsangehörigkeitsausweis, ein Zeugnis des Gemeinderats über den Leumund desselben, über den Stand und den etwaigen Grundbesitz des Vaters und das vom Bewerber etwa von seinen Eltern anfallende Vermögen, sowie eine schriftliche Einwilligung des Vaters, bezw. Vormunds, zum Besuche der Ackerbauschule beilegen.

Die Bewerber, welche nicht durch besonderen Erlaß zurückgewiesen werden, haben sich am Montag, den 14. Juli d. J. morgens 7 Uhr zur Ersetzung einer Vorprüfung in Hohenheim einzufinden.

Den 16. Mai 1919.

Oberamtmann: G. S.

bedingt für die gleichzeitige Verhandlung eintreten, wie sind aber durch unsere völlige Wehrlosmachung auf ein Niveau herabgesunken, das unsern Feinden gestattet, Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung einfach abzulehnen, und ihre Gegner einzeln abzufertigen.

Man hat, um jegliche Solidarität unter den früheren Bundesgenossen der Mittelmächte von vornherein auszuschalten, auch die Deutschstreicher, die doch bekanntlich bis auf den heutigen Tag auf dem Anschluß an die deutschen Stammesgenossen bestehen, gefondert empfangen, und ihnen dadurch sowie durch direkte Bestrafungs- und Sprengungsversuche zu verstehen gegeben, daß man ihren Anschluß an Deutschland nicht dulden will. Ungarn und Bulgarien wird man ebenso behandeln. Den Türken scheint in den Anhängen des Islam ein moralischer Bundesgenosse entstanden zu sein. Die Indier haben mohamedanische Abgeordnete nach Versailles geschickt und den Alliierten in Erinnerung gebracht, daß ihnen gegenüber die Verpflichtung eingegangen worden sei, den Sieg nicht dazu zu benutzen, den Islam in der Person des Sultans zu demütigen. Die Indier machen geltend, daß sie die größten Opfer im Kampfe gegen die Türkei gebracht hätten. Merkwürdiger Weise zeigt sich nun in der französischen Presse, und nicht nur in der sozialistischen, die Neigung, wenigstens nach außen hin die „Unabhängigkeit“ der Türken zuzusichern. Der „Temps“, das schärfste Imperialistenblatt, verleiht sich sogar zu der heuchlerischen Mahnung, die Liquidierung des türkischen Reiches dürfe nicht einer Hehrajagd gleichen, wo jeder eins oder mehrere Stücker, welche denen der andern gleichwertig seien, zu erhalten trachte. Bekanntlich will Frankreich Syrien, und sieht mit scheelen Augen auf den ungeheuren Gewinn, den England mit der Uebernahme der „Schutzherrschaft“ über Ägypten, Palästina, Arabien und Mesopotamien einstecken würde. Es scheinen überhaupt bezüglich der Aufteilung der Türkei Schwierigkeiten entstanden zu sein. Die Türken haben die Griechen bei ihrer Landung in Smyrna wenig höflich empfangen, und es scheint im ganzen türkischen Reich zu gären, weil man sich nicht wie Vieh unter die Ententeraubgesellschaft verteilen lassen will. Man hat vorerst genug an den schweren Unruhen in Ägypten, an dem gefährlichen Zustand der Afghanen, die jetzt merken, daß es auch um ihre Unabhängigkeit geht, und man fürchtet, daß ein Funke die Explosionsgefahr im Mohammedanismus entzündet, und den ganzen Orient gegen die Ausbeuter der Menschheit aufbringen könnte, was ja doch eines Tages kommen wird. Aber leider sind sich die Völker des Orients über den englischen und französischen Charakter nicht klar geworden, sonst hätten sie sich nicht noch zum Nutzen ihrer Unterdrücker verwenden lassen. Auch darin liegt ein Beweis der deutschen Friedfertigkeit, denn wenn wir Krieg gewollt hätten, so hätten wir durch Propaganda alle diese Völker gegen die verhassten Engländer aufheizen können. Heute, wo sich Indier, Iren, Ägypter, Perser und Afghanen gegen den brutalen Vergewaltigungsgeist der Engländer auflehnen, ist es zu spät. Um nun die Mocha, medaner zu beschwichtigen, will man die schmerzlosere Form der Aufteilung der Türkei wählen. Man will den Sultan mit Ausnahme von Arabien, das die Engländer natürlich zur Ausrechterhaltung des Verbindungswegs zwischen Afrika und Indien brauchen, als „Herrscher“ über die Türkei beibehalten, so etwa wie der Sultan von Marokko „herrscht.“ Die Entente hat überhaupt Eile, mit Deutschland so schnell und so reibungslos wie möglich fertig zu werden. Nicht nur daß man in den Ententeländern und bei den sog. Neutralen sich gegen den Vergewaltigungsfrieden auflehnt, auch in Russland und China entstehen immer größere Schwierigkeiten, und wenn die Entente auch noch in Deutschland größere Operationen unternehmen müßte, mit der Aussicht auf längere Dauer, dann könnte es zu der Weltrevolution kommen, die ja doch früher oder später in nationaler oder internationaler Form den angelächelnd-romanischen Imperialismus weglegen wird.

O. S.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden!

Feindliche und neutrale Pressestimmen zur Friedensfrage.

Die französische Presse im Eroberungszug.

(W.B.) Versailles, 17. Mai. Infolge der gemeldeten Änderung in Smyrna wendet sich heute das Interesse in Paris vornehmlich der Regelung der türkischen Frage zu. Die Liquidierung der Türkei habe begonnen. — „Journal“ hebt hervor, daß die Türkei sofort protestiert habe, da der Waffenstillstandsvertrag der Alliierten nur Sicherheitsmaßnahmen gestatte und auch die tendenziösesten Meldungen nicht den geringsten Zwischenfall zu melden vermocht hätten. Das Blatt schreibt, man sehe einem vorläufigen politischen Akt von höchster Tragweite gegenüber, welche das Todesurteil des Osmanischen Reiches bedeute. Die Türkei könne auch ohne Konstantinopel lebensfähig bleiben; nicht aber ohne Smyrna. Der Wunsch, Italien von seinen Abzugszügen abzuwenden, habe das Schicksal der Türkei besiegelt. Dies werde Frankreich nicht behagen, wenn dadurch nicht der französische Einfluß völlig aufgehoben würde. Frankreich erhalte höchstens Syrien ohne Palästina. Es sei jedoch fraglich, ob Frankreich diesen neuen Verzicht auch noch annehmen werde. — „Echo de Paris“ meint, daß das Schicksal Europas von den Entschlüssen abhängen werde, welche über die Aufteilung der Türkei und Rußland gefaßt würden; aber schon jetzt sehe man, daß die Vereinigten Staaten, welche voraussetzlich das Mandat über Konstantinopel und Armenien werden, zu tief in die europäischen Angelegenheiten verwickelt seien. Sofern die amerikanischen Öffentlichkeit nicht in ihrer kontinentalen Isolation beharren und energisch reagieren werde, könne man wohl sagen, daß es bald keinen Atlantischen Ozean mehr gäbe. — „Action française“ erklärt, Frankreich dürfe auf seine Privilegien nicht verzichten, wenn es nicht wisse, was es zum Ende erhalten werde. Das Blatt bedauert übrigens, daß Konstantinopel nicht mehr türkisch bleibe. Die geschlagene Türkei wäre die beste Wache über die Dardanellen gewesen. Daher müsse man sich Resignation darüber ablegen, welche Parteien der Vereinigten Staaten den Wunsch bekundeten, sich in Europa niederzulassen. — Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ hält es für nicht möglich, daß es überhaupt einen Vertrag mit der Türkei geben solle. Man erwäge dies ernsthaft in Konferenzkreisen mit der Begründung, daß die Türkei als Staatswesen nicht mehr existiere und nur noch die Erbschaft des früheren Osmanenreiches anzutreten sei. „New York H.“ erklärt, daß der größte Teil der europäischen Türkei an Griechenland gegeben werden solle. Konstantinopel mit einem kleinen Hinterland falle unter die Mandate der Vereinigten Staaten an die Liga der Nationen. Für Armenien erhielten die Vereinigten Staaten gleichfalls ein Mandat für einen bestimmten Zeitpunkt, bis Armenien sich selbst regieren könne. Kleinasien werde voraussichtlich Griechenland teilweise überlassen werden. Frankreich und Italien sollten die übrigen Teile verwalten. England erhalte eine große Einflusssphäre in Mesopotamien, Frankreich in Syrien. Diese vom „Herald“ gemeldete Verteilung der Mandate scheint jedoch noch nicht definitiv zu sein, da aus Zensururteilen einiger Blätter hervorgeht, daß besonders die Abgrenzung der italienischen und griechischen Mandatszone noch nicht definitiv feststeht und andererseits Frankreich die Vergrößerung seiner Mandatszone in Syrien durchzusetzen luche. — Einige Blätter nehmen heute sehr scharf Stellung gegen Graf Brockdorffs Notizen, namentlich gegen seine Ausführungen zur Frage der Verantwortung für den Krieg: So erklärte „Homme Libre“, Graf Brockdorff übertreibe, wenn er eine Untersuchung über die Verantwortung, die heute mehr als nötig hergestellt sei, wieder zur Erörterung stelle. Wir brauchen, sagt das Blatt, nur an die brutale Herausforderung des „Mannes mit dem trockenen Pulver“ zu denken und daran, wie einstimmig die deutsche Soldateska zu Anfang des Krieges „Nach Paris!“ geschrien habe, um zu sehen, daß Deutschland keinen Verteidigungskrieg geführt hat. Graf Brockdorffs übrige Einwände und Beweisgründe werden gleichfalls nicht den geringsten Einfluß auf den Friedensschluß ausüben. — „Figaro“ erklärt, die Lehre von der Trennung der Verantwortlichkeiten sei unannehmbar. Diejenige des Kaisers sei vielleicht unmittelbarer, als diejenige des deutschen Volkes; doch sei auch dieses verantwortlich. Auch heute müsse man erklären, daß man das neue Deutschland für mitverantwortlich halte. Diejenigen, die heute um Frieden läten, seien genau dieselben, die früher den Krieg geführt hätten. — „Victoire“ scheint sich über die Note wegen des Saarbeckens sehr zu ärgern. Wir annektieren ja nicht, erklärt das Blatt, wir lösen das Saarbecken von Deutschland los. Da kann man wirklich nicht Mord und Raub schreiben. Deutschland läte besser, uns für unsere Mäßigung zu danken und einzusehen, daß die Lösung betreffs des Saarbeckens das äußerste Zugeständnis ist, das Clemenceau und Wilson haben machen können. Wenn dieser Wilsonsriede den Deutschen nicht paßt, so stellen wir ihm einen Clemenceaufrieden mit viel härteren Bedingungen zur Verfügung. — (Das ist das schamloseste, was der frühere Antimilitarist Herce sich leistet.)

Die französische Presse und die russische Frage.

(W.B.) Versailles, 17. Mai. Als erstes französisches Blatt veröffentlicht heute „Bon Soir“ den Wortlaut einzelner Teile des Friedensvertrags. Es ist beachtenswert, daß dieser dem Blatte anscheinend durch Indiskretion zugefallene Vertrag in einigen Punkten von dem Vertragsentwurf, der der deutschen Delegation überreicht wurde, abweicht. Am interessantesten ist die Abweichung im Teil 7: Strafmaßnahmen, wo laut des von diesem Blatte veröffentlichten Textes ein besonderer Gerichtshof für die Aburteilung Wilhelms II. aus vier Mitgliedern, die von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Japan ernannt werden, zusammengesetzt sein

der gemeldeten... in Paris... Die Liqui... "na" hebt her... da der Waffen... Maßnahmen ge... nicht den ges... Das Blatt... von höch... des Osman... ohne Konstan... Smerna. Der... haben, habe... Frankreich nicht... Einfluss völlig... Syrien ohne... sich diesen neuen... de Paris... Enschließen ab... Türkei und Ruß... daß die Ver... andat über Kon... in die europä... die amerik... Isoliertheit... eine man wohl... mehr gäbe. —... dürfe auf seine... esse, was es zum... eigens, daß Kon... schlagene Türkei... gewesen. Daher... welche Parteien... sich in Cam... es, New York... überhaupt einen... dies ernsthaft... die Türkei als... die Erbchaft... "New York H... Türkei an Grie... pel mit einem... der Vereinigten... menien erhielten... für einen be... regieren könne... teilweise über... die übrigen... Einfluszone in... vom "Herald"... doch noch nicht... Blätter heroor... tischen und grie... zt und anderer... datszone in Sy... men heute sehr... ten, nament... Verantwortung... Graf Brockdorff... die Verantwort... wieder zur Er... nur an die Bru... rodernen Pulver... tische Soldateska... en habe, um zu... rieg geführt hat... isgründe werden... efenige des Kav... ge des deutschen... uch heute müßte... für mitverant... eden läten, seien... zt hätten. —... en des Saarber... cht, erklärt das... and los. Da... en. Deutschland... nten und einzu... ns das äußer... n haben mach... chen nicht paßt... mit viel härteren... schamloseste, was... e Frage.

anzösisches Blatt... erklart einzel... wert, daß diese... gestellte Wort... twurf, der der... ht. Am festsam... Maßnahmen, wo... letztes ein beson... ms II. aus vier... Großbritannien... mmengefetzt sein

fol. Italien stellt in dieser Aufzählung und dürfte in dem der Delegation überreichten Entwurf wohl erst im letzten Augenblick, als die Reise der italienischen Delegation nach Paris bekannt wurde, eingeschaltet worden sein; denn im überreichten Entwurf findet sich noch der merkwürdig anmutende Druckfehler, der Gerichtshof sei aus vier Richtern zusammengesetzt, die von den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Japan und Italien (also fünf) ernannt werden sollen. Die Erweiterungen über die Friedensfrage nehmen in der Presse ihren Fortgang. Heute taucht plötzlich in den Abendblättern die Frage auf: Wie steht es mit Rußland? Der Vertrag wolle hier große Lücken auf. — „Temps“ hält die Festschließung der Grenzen Europas für unmöglich, wenn man nicht auch die Grenzen Rußlands festsetze. Zu diesem Zwecke sei allerdings eine Zuziehung von Vertretern russischer Interessen notwendig. Das Blatt beantwortet die Anerkennung der Regierung in Omsk. Diese Regierung wolle allerdings nicht als örtliche Regierung, sondern als national-russische Regierung anerkannt werden und verlange, daß man sie nicht zwingt, als Vorbedingung für ihre Anerkennung auf einen der Staaten zu verzichten, die der Souveränität des früheren Rußland unterstanden, mit Ausnahme von Polen. Es sei im Interesse der Alliierten, diese Regierung möglichst schnell anzuerkennen, da eine Wiederaufrichtung Rußlands früher oder später doch erfolgen werde und es besser sei, daß sie mit Hilfe der Westmächte erfolge, als daß Deutschland die Lage dazu ausruhe, in Rußland wieder Einfluss zu gewinnen. „Herald“ hält den Alliierten ihre Vorgesetztheit in Rußland vor. Sie hätten ein Polen geschaffen, um eine Schranke zwischen Rußland und Deutschland zu bilden und beide Länder niederzuhalten. Polen sei aber keine Schranke, sondern eine Beute. Sobald Rußland wieder ausgerichtet sei, werde es zuerst diese Schranke niederwerfen und sich mit Deutschland verbinden. Europa, wie es der Friedensvertrag konstruierte, sei ein schwächliches, zerbrechliches Gebäude. Es hätte anders sein können, wenn eine wahre Gesellschaft der Nationen gebildet worden wäre, die wirklich alle Völker umschloß und die politischen und finanziellen Realitäten nicht aus den Augen verloren hätte.

Eine Stimme der Vernunft.

In einem Brief, den der bekannte Schriftsteller Romain Rolland kürzlich an den Direktor einer Pariser Zeitung schrieb, finden wir die folgenden von einem Freimuth und Weitblick zeugenden Worte, von dem die maßgebenden Kreise Frankreichs heute weiter entfernt sind als je: „Die Alliierten glauben, Sieger zu sein. Ich sehe sie (wenn sie nicht noch in sich gehen) vom Bismarck'schen Geiste überwunden. Ich sehe am Horizont ein Jahrhundert des Hasses, neuer Revanchekriege herausziehen und die Vernichtung der europäischen Kultur bevorziehen, wenn nicht ein mächtiger Federstich noch dazwischenfährt. Ich gestehe, daß ich für diese Kultur kein Wort des Bedauerns haben würde, wenn die Völker der Siegerstaaten sich als ebenso unfähig erweisen, ihr Schicksal zu leiten! Mögen sie sich inmitten der bezaubernden, doch trügerischen Siege der Gegenwart ihrer erdrückenden Verantwortung für die Zukunft bewußt werden! Und mögen sie daran denken, daß jeder ihrer Fehler durch ihre Kinder und Kindes-Kinder bezahlt werden wird. Die kommenden Wochen werden für die Menschheit entscheidend sein.“ — Romain Rolland ist schon vor dem Kriege und über den Krieg stets für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten.

Amerikanische Pressestimmen zu den Friedensbedingungen.

(W.B.) Berlin, 18. Mai. Die englische Presse übermittelte folgende amerikanische Pressestimmen über die Friedensbedingungen: „New York Sun“ schreibt: Man muß sich fragen, ob die Bestimmungen sich auch auf das ungeborene Geschlecht erstrecken dürfen. Das Recht, die Sünden der Väter an den Kindern heimzuführen, ist bisher kein Prinzip in der internationalen Jurisprudenz gewesen. Solche Zweifel an der Durchführbarkeit einer Strafe durch Generationen findet sich in allen Artikeln der konservativen Blätter. — Das „Journal of Commerce“ sagt: der Artikel sei hart genug, um Deutschland vielleicht für Generationen hinaus zu verurteilen. — Die „Tribune“ schreibt: Deutschland wird wirtschaftlich in Fesseln gelegt, vorausgesetzt, daß die Alliierten Ausdauer und Kraft hätten, den Vertrag auf 30 bis 40 Jahre zu erzwingen. — Von gleichen Prämissen ausgehend, bezeichnen Einige der offiziellen Blätter der unparteiischen Liga von Nord-Dakota den Vertrag als schauerliche Verurteilung der Demokratie. Wilson lehre nicht als der größte Mann der Geschichte, sondern gebrochen und diskreditiert zurück. — Liberale Blätter vertreten die Anschauung, daß der Vertrag den Grund für fortgesetzten Streit in Europa lege, da der Frieden kein Element der Dauer in sich schließt und Wege eröffne, für ungezügelter Imperialismus in Asien und Afrika, so daß er in schärfster Dissonanz stehe zu den Idealen, die Wilson predigt, und daß es für Amerika ein Wahnsinn sei, sich an Garantien für einen Völkerbund zu beteiligen, welcher einen solchen Frieden bedenklich mache. Wilsons Prestige sei schwer, möglicherweise dauernd beeinträchtigt; man vergleiche ihn mit Clemenceau, dessen rauhe Schlichtheit moralische Qualitäten befehle, welcher hoch klingende Phrasen, die nicht in Taten umgesetzt werden könnten, gänzlich abgingen. — Selbst Leute, denen der Vertrag an sich gefällt, lassen unzweifelhaft in der Mehrzahl erkennen, daß er eine gründliche Niederlage Wilsons darstellt.

Spanisches Urteil über die Friedensbedingungen.

Berlin, 17. Mai. Das Organ der spanischen sozialistischen Partei Socialista führt eine scharfe Sprache über die Deutschland zugedachten Friedensbedingungen. Die spanische Zeitung hebt den Gegensatz zu den Kundgebungen unserer Gegner während des Krieges und ihrem derzeitigen Verhalten hervor. Es sei unbegreiflich, daß die Führer der Entente, die früher so schöne Worte im Munde führten und sich als Verteidiger der alle Menschheit rettenden Prinzipien aufgespielt hätten, nun die Fähigkeit bewiesen, den Besiegten

einen Verfallungsleben aufzulegen. Das Schauspiel, das die siegreichen Völker, indem sie um eine Stadt oder um eine Minenkonzession feilschten, der Welt böten, sei wenig erhebend.

Bermischte Nachrichten.

Englisches System.

Berlin, 19. Mai. Gegen die widerrechtliche Verhaftung des deutschen U-Bootskommandanten Kapitänleutnant Kjesewetter, der auf dem Heimwege von Spanien in England festgesetzt worden ist, obwohl die englische Regierung unseren Befragungen ausdrücklich freies Geleit zugesichert hat, ist von der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa und bei Admiral Browning Protest erhoben worden. — Wahrscheinlich will man ihm allem Völkerrecht zum Hohn den Prozeß machen.

Belagerungszustand in Eisenach.

Eisenach, 19. Mai. Nach dem heute Nachmittag erfolgten Einrücken der Regierungstruppen des Korps Mäcker wurde heute Nacht der Belagerungszustand über Eisenach verhängt. Es herrscht Ruhe.

Rebertran für das periklette deutsche Volk.

(W.B.) Berlin, 17. Mai. Von Norwegen werden 400 000 Kg. Medizinal-Lebertran nach Deutschland eingeführt, die zum Preise von 8,50 M als Sonderzuweisung durch Vermittelung der Apotheken und Drogerien an unterernährte Kinder, Kranke und sieche Frauen und Männer, Fürsorgestellen und Heilanstalten für Kinder, Krankenhäuser, Kliniken, Lungenheilanstalten, Siechen- und Altersheime abgegeben werden.

Wilson verzichtet.

Rotterdam, 19. Mai. „New York World“ meldet aus Washington, daß Präsident Wilson nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten öffentlich bekanntgeben werde, daß er nicht die Absicht habe, sich wieder um die Präsidentschaft zu bewerben. Wilsons Gegner, der republikanische Senator Knog, erklärte, daß er den umgekehrten Völkerbundsvertrag noch schlechter finde, als den ursprünglichen. — Wilson weiß eben, daß er nicht mehr gewählt würde.

Billige amerikanische Schafe.

Soeben geht eine holländische Meldung durch die Blätter, wonach Lederschuhe in bester Ausführung, die in Holland zurzeit 38 1/2 Gulden kosten, von den Vereinigten Staaten um rund die Hälfte — also 19 bis 20 Gulden — lieferbar in vier Wochen — angeboten würden. Nach einem amerikanischen Blatt ist das ganze Sinnen und Trachten der amerikanischen Lederbranche auf den Export gerichtet. Unter diesem Gesichtspunkt hat einer der größten Gerber des Landes, Harry J. Thaszo, soeben eine Reise durch Europa vollendet. Nach seiner Ansicht braucht Europa dringend leichtes Oberleder und Qualitätsstiefel, nachdem die ganze Kriegswirtschaft sich einseitig auf schweres Leder eingestellt hatte. Die Vorräte darin seien so groß, daß z. B. Italien sehr gerne schweres Leder nach Amerika exportieren würde, wenn das möglich wäre. Vom 1. Juli ab werde England sein Ledereinfuhrverbot aufheben.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Mai 1919.

An die deutschen Landwirte.

Das Reichsernährungsamt erläßt an die deutschen Landwirte folgenden Aufruf:

Die Gefahr, die für den Bestand unseres Volkes durch den von unseren Feinden uns angedrohten Gewaltfrieden heraufbeschworen ist, hat das Volk in allen seinen Ständen und Parteien in gerechte Empörung und Sorge versetzt. Den Hungerkrieg hat die Entente trotz Waffenstillstandes gegen uns weitergeführt, indem sie die Blockade aufrecht erhielt. In dem für uns ungünstigsten wirtschaftlichen Augenblick überreicht sie nun die Präliminarien zu einem Gewaltfrieden.

Die Vorräte der alten Ernte gehen zu Ende und von Tag zu Tag sind wir mehr auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Der Hunger soll zum Unterzeichnen zwingen. Um in dieser furchtbaren wirtschaftlichen Zwangslage zu helfen, muß Stadt und Land, das ganze Volk zusammenstehen. Das Land muß mit der Tat voran. Die letzten bisherigen Reste der notwendigen Nahrungsmittel sind zu liefern, vor allem muß die Ablieferung von Fleisch, Milch, Fett und Kartoffeln vermehrt werden. Die lockenden Wucherpreise des Schleichhandels dürfen in dieser Stunde keinerlei Lebensmittel den ärmern Schichten der Stadt entziehen. Nur durch regelmäßige bessere Belieferung ist unserer durch die Hungerjahre des Krieges entnervten Bevölkerung Widerstandskraft und die notwendige Energie zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu geben. Wer jetzt vorhandene Nahrungsmittel bereitstellt, leistet dem Volke in schicksalsschwerer Stunde den größten Dienst und erfüllt eine Pflicht, der sich niemand entziehen darf, der dem Wohle des Vaterlandes dienen will. Bessere Ernährung bedeutet erhöhte Arbeitsleistung, zeigt uns den Weg aufwärts zu lebenskräftiger Entwicklung des deutschen Volkes. Die schweren Zeiten fordern, daß das Bewußtsein der Verantwortung jedem Einzelnen der Allgemeinheit gegenüber erwacht. Es genügt jetzt nicht, mit Worten und Reden allein zu protestieren.

Der größte Protest ist die Tat!

Das Reichsernährungsministerium.

Der Bischof und die Friedensbedingungen.

Im Kirchl. Amtsblatt vom 12. Mai wendet sich Bischof Paul Wilhelm von Keppeler in einem Hirtenschreiben an seine Diözesanen: Nach all den Erfahrungen der letzten Monate waren wir sehr bescheiden geworden in unseren Erwartungen, gefaßt auf harte Friedensbedingungen und auch zu großen Opfern angeboten wird oder vielmehr aufgezwungen werden will, das übertrifft doch unsere schlimmsten Befürchtungen und verdient kaum mehr den Namen Friede. Einen Rechtsfrieden und Veröhnungsfrieden hatte man uns und der Welt zugesichert; was man jetzt bietet, ist eher ein Gewaltfriede zu nennen, dessen zahllose Artikel keine Sicherung gegen künftige Kriege sind, sondern

vielmehr eine Drahtenfaat der Feindschaft und des Hasses, neuer Verwicklungen und fortwährender Streitigkeiten. Wir hatten geglaubt, hoffen zu dürfen auf einen Frieden der Menschlichkeit, der die Völker zu einem neuen Bund zusammenschließen würde, nun soll daraus ein Völkerbund werden zur Vernichtung eines Volkes von 65 Millionen; Deutschland soll in Stücke geteilt, seine wirtschaftliche Entwicklung unterbunden, die wertvollsten Bodenschätze ihm geraubt werden; dann soll das verarmte, wehrlos und rechtlos gewordene Volk durch ganz unerhörliche Abgaben an Geld und Gut auf Jahrzehnte hinein in Elendenketten hineingelegt werden. Das Entsetzlichste aber ist, daß es ebenso unmöglich scheint, diesen Friedensvertrag anzunehmen wie ihn abzulehnen.

Bezirkshandels- und Gewerbe-Verein Calw.

Am Sonntag fand im Gasthaus zum „Schwanen“ die Generalversammlung vom Bezirkshandels- und Gewerbe-Verein Calw statt. Die aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder wurden vom Vorstand, Flaschnermeister Essig, herzlich willkommen geheißen. Zur Ehrung der gefallenen Mitglieder soll vom Verein aus eine Gedentafel ausgeführt werden. Aus dem Jahresbericht des Vorstands ist zu entnehmen, daß auch in unserem Bezirk besonders das Baugewerbe durch den Krieg in nachteilig fühlbare Mitleidenhaft gezogen worden ist. Aus Mitteln der Stiftung der Calwer Dedien-Fabriken sind im verfloßenen Jahre 18 Calwer Mitgliedern entsprechend der Stiftungsbestimmung mit namhaften Beträgen bedacht worden. Im Verein wurde im verfloßenen Jahre in 8 Ausschüssen brennenden wirtschaftlichen Fragen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstands näher getreten. Der Verein zählt 213 Mitglieder. Der Verein bildet den Kristallisationskern der Mittelstandsorganisation im Bezirk, weshalb jeder Gewerbetreibende, Handwerker und Kleinkaufmann, ihm angeschlossen sein sollte. Gegen das von der Sozialisierungs-Kommission ausgehende Bestreben zur Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben wird vom Verein aus beim Würt. Arbeitsministerium schärfster Protest eingelegt. Nach dem von Herrn Kaufmann Serwa vorgetragene Kassenericht beträgt das Vereinsvermögen 2807,77 M. In den Ausschüssen wurden die auscheidenden Mitglieder Perrot, C. O. Widmaier, Henkelmann, W. Schäfer, Gg. Essig wiedergewählt. Metzgermeister Schnauffer trat als neues Ausschussmitglied ein. Zum Schluß unterhielt Herr Handelschuldirektor Fischer in lebhafter Ausführung die Versammlung mit Ausführungen über alte und neue Reichsverfassung, über würt. Landesverfassung und insbesondere über das Wahlrecht zur Wahl für die Landesversammlung und für den Gemeinderat.

Freigabe des Frühobsthandels.

Nach öfteren Erklärungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst r. i. e. des Reichsernährungsministeriums soll der Handel mit Frühobst in diesem Jahr vollständig frei sein. Verschiedene Landesstellen haben jedoch Verordnungen erlassen, durch die der Verkehr mit Frühobst eingeschränkt wird, insbesondere durch Versendung von „Verbandsheinen“. Der Verband Deutscher Obst- und Südstaats-Großhändler in Berlin-Düsseldorf hat daher beim Reichsernährungsministerium und der Reichsstelle für Obst und Gemüse gegen derartige „provinzielle Zwangsmaßnahmen“ Protest erhoben und angefragt, ob mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden kann, daß die den deutschen Handel beschränkenden Bestimmungen der nachgeordneten Stellen wieder außer Kraft gesetzt werden. — In Baden ist z. B. das gesamte Beerenobst der neuen Ernte, sowie Aprikosen, Pfirsiche für den Verkehr innerhalb Badens frei; das übrige Frühobst wird weiter bewirtschaftet. — Man muß befürchten, daß bei einer völligen Freigabe des Handels die minderbemittelte Bevölkerung kein Gramm Obst erhält.

Konzert.

Auf das heute Abend 8 Uhr im „Badischen Hof“ stattfindende Konzert sei hier nochmals ganz besonders hingewiesen. Martha Schuler, eine Schülerin von Max Pauer, verrät in ihrem technisch wie musikalisch ausgezeichneten Klavierspiel die gründliche Schule dieses vielgeleiteten Klaviermeisters. Anna Frank ist uns ja keine Unbekannte mehr, sie hat uns letztes Jahr durch ihren schönen Gesang erfreut und wird uns wiederum einen Kranz der schönsten Lieder bieten. Franz Raim, ein Schüler von Meister Wendling, ist ein Geiger von ausgesprochener Intelligenz; die Kritik ist überall, wo er spielte, des Lobes voll und rühmt seinen warmen, edlen Ton, die feingefühlteste Technik und vornehme Eleganz seines Spiels.

Gemeinderatswahl in Stuttgart.

Stuttgart, 20. Mai. Nach dem bisherigen Zählergebnis haben bei der Gemeinderatswahl am Sonntag von 179 448 Wahlberechtigten 109 874, also 60 Prozent abgestimmt. Es erhielten Stimmen und Sitze: Bürgerpartei 19 108 Stimmen und 10 Sitze, Demokr. Partei: 35 709 Stimmen und 20 Sitze, Zentrum: 8 457 Stimmen und 4 Sitze, Sozialdemokratie: 27 916 Stimmen und 16 Sitze, Unabhängige: 18 272 Stimmen und 10 Sitze. Auffallend ist der außerordentlich große Stimmengewinn der U. S. P. Rünftig ziehen 60 Gemeinderäte auf das Rathaus, während es bis jetzt 64 Angehörige des Gemeinderates und Bürgerausschusses waren. Davon gehörten an: der früheren Nationalliberalen Partei 19, der früheren Fortsch. Volkspartei 11, der Sozialdemokratie 28, (wovon 3 Unabhängige), der früheren Konservativen Partei 6 und dem Zentrum 2 Mitglieder.

(S.C.B.) Stuttgart, 19. Mai. Wie die Württemberger Zeitung erfährt, ist am Samstag in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes ein von den „revolutionären Vertrauensleuten der Betriebe“ unterschriebener Antrag eingebracht worden, sämtlichen Angehörigen des Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Stuttgart, zu kündigen und sie unter Auszahlung eines vierteljährlichen Gehalts sofort zu entlassen. Der Antrag wurde mit 300 gegen 200 Stimmen angenommen. Er wurde damit begründet, daß die Gewerkschaftsbeamten sich als Gegner des Generalstreiks erwiesen hätten. Die Annahme des Antrags hat in den Arbeiterkreisen der Metallindustrie große Erregung hervorgerufen. Man kann wohl von einer Krise sprechen.

(SCH.) Stuttgart, 16. Mai. In Wien ist ein Prozeß anhängig, in dem der auch in Stuttgart wohlbelannte Operettensänger Hubert Marischka (Mitglied des früheren Wiener Operettensambles unter Gustav Müller am Wilhelma-Theater) eine Klage spielt. Am 22. Mai v. J. erschien der bei einer Filmgesellschaft engagierter Regisseur Ralph bei dem Besitzer des Kurparks Hübner und ersucht ihn, ihm für eine Filmaufnahme an einem der nächsten Tage die Terrasse des Kaffeehauses zur Verfügung zu stellen. Es handelte sich um die Darstellung einer Szene, bei der Hubert Marischka einer Dame, die Kriegsmäntel zeichne, einen Kuß geben werde. Der Wert stimmte zu. Am nächsten Tag erschien in Wiener Blättern eine Notiz des Inhalts, daß Marischka auf der Terrasse des Wiener Kurparks diejenige Dame einen Kuß geben werde, die die weißen Kriegsmäntel zeichne werde. Die Wirkung dieser Notiz war geradezu ungeheuerlich. Es fand sich ein nach Hunderten zählendes Publikum ein; es herrschte ein herartiges Gedränge, das zahlreiche Stühle und Bänke umgeworfen, das

Geländer der Terrasse demoliert und auch an Inventar beträchtlicher Schaden angerichtet wurde. Es waren größtenteils Nicht-Wienerinnen. Daß Herrn Marischka diesen Aufzug der Weiber selbst sehr peinlich war, bewies die Tatsache, daß er bald in den Blättern mitteilte, er sei der fraglichen Notiz vollkommen fern geblieben und von ihrem Erscheinen selbst überzumpft worden. Wie diese jeder Frauenwürde bare Gesellschaft sich um den zu erwartenden Marischka-Kuß gedrängt und gerauft haben muß, geht aus der Behauptung des Wirts hervor, er habe einen Schaden von 4000 Kronen erlitten. Er strengte dann eine Schadenersatzklage gegen die Filmgesellschaft an; doch auch diese will der verhängnisvollen Notiz ferngeblieben sein. Die Verhandlung wird in den nächsten Tagen stattfinden.

Hofheim, 19. Mai. Neuestrankungen an Typhus wurden gemeldet: am 16. Mai 28, am 17. Mai 13 und am 18. Mai 10. Die Gesamtzahl der Erkrankungen ist seither 3233, die Gesamtzahl der Todesfälle 291.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seifmann, Calw. Druck und Verlag der U. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

AMBI-Dachstein-Maschine

für Handbetrieb

arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig

Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 8

Einführung von Pferde-Märkten in der Stadt Calw.

Die Stadtgemeinde Calw, welche bisher berechtigt war, je am 3. Mittwoch der Monate Januar, April, Juni, August und November einen Viehmarkt abzuhalten, sucht darum nach, an Stelle der ausfallenden Viehmärkte, bezw. wenn diese wieder erlaubt sind, in Verbindung mit denselben

Pferdemärkte

für die Zeit bis Mai 1921 abhalten zu dürfen.

Einwendungen hiegegen sind binnen 8 Tagen beim Oberamt einzubringen.

Calw, den 15. Mai 1919.

Oberamtmann Gös.

Kopfstoff dunkelblau, echte
starke Qualität,
**Blusen-, Jacken-, Rock- und
Schürzstoffe, :- Hemdblusen,
Kinderhüllen, Strickgarn**
empfiehlt billigt
E. Straube, Althengstett.

Hirsau.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Unbehrlichkeit verkaufe ich am Mittwoch, den 21. Mai, nachmittags 2 Uhr im Beerischen Hause im Schweinbachtal gegen Barzahlung:

1 feines, buntes Sofa, 2 Sesseln, 1 anderes Sofa, 1 vollständiges Bett, hartholz. Bettlade, Kopf und Kopfkissenmatratze, 1 Kleiderkasten, Kleiderbügel mit Vorhang, Stühle, 1 Tisch, 1 Weinglas, Bilder, Lampen und Verschiedenes.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtm. Kolb.

Empfehle mich im

**Wieder aufbauen
stumpfer Feilen und Raspeln,
sowie in der
Lieferung von neuen Feilen.**
W. Märkten, Feilenfabrik, Heilbronn a. N.

Schönes, junges Pferdefleisch

ist von heute ab zu haben bei
Wegger Gadenheimer,
Hirsau.

Sehr guterhaltenes Break

dem Verkauf aus
Robert Kling, Schömberg
b. Wildbad.

Sonnenhardt.

Nächsten Donnerstag, morgens 7 Uhr verkauft reine

**Milch-
Schweine**
Luz. Eschmayer.

Calw.

Habe 2 erstklassige
**Läufer-
Schweine**
zu verkaufen.

Georg Grant, Biergasse.

12 Wochen alte
Hasen
zu verkaufen.

Reberstraße 112, III. St.

Stammheim.

Zwei 1/2 jährige
**Zucht-
Kinder**

seht dem Verkauf aus
Jakob Eißner.

Öffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 Uhr,
in der Brauerei Dreiß in Calw mit

Vortrag

von Herrn Landtagsabgeordneten Stadtpfarrer
Wurm aus Ravensburg über

„Unsere innere und äußere Lage“.

Jedermann, insbesondere die Frauen, sind freundlichst
eingeladen.

Der Ausschuß der W. Bürgerpartei.



Wohnhaus.

Ein gut gebautes und gut erhaltenes Wohn-
haus wird gegen Kasse

zu kaufen gesucht.

Die Mieter können wohnen bleiben. Angebote befördert
unter St. 33 die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Spehhardt O.-A. Calw.

Kalkstein-Abkord.

Am Samstag, den 24. Mai
1919, nachmittags 2 Uhr, wer-
den in der Wirtschaft z. Ramm
hier,

**zirka 50 cbm
Kalksteine**

auf die Orts- u. Nachbarschafts-
wege zum anführen in Abkord
vergeben.

Den 19. Mai 1919.

Gemeinderat.

Gesucht wird sofort auf 25.
Mai oder 1. Juni ein braves,
zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Haushalt.
Wirtschaft z. Ban. Bräu-
haus, Pforsheim
St. Georgenstraße 2.

Wir suchen auf 1. Juni ein
ehrliches

Mädchen,

das zu Hause schlafen kann.
Hauptlehrer Rau,
Bad. Hof 1.

Wegen Erkrankung des sel-
berigen suche braves

**Laufmädchen, oder
Aushilfe.**

Frau Apotheker Brühl,
Uhlendstraße.

**Boden-Öl,
Parkettwische
Ritter-Drogerie
an der Nagoldbrücke.**

Vermögens- Verwaltung.

Ausichtsreichste Anlage
bildet der Kauf ausländ.
(Valuten) Coupons.

Da täglich steigend, ist
schnellste Antrage in Ihrem
Interesse.

P. J. Kullberg, Bank-
geschäft, Hamburg 1.
Fernsprecher: Alster 1324.
Telegr.-Adr. Kullbank.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht

N. Calberow, Hamburg 5.

Stelle findet ein junger
Mann als

Flaschenfüller.

Konrad Müller, Bier-
niederlage, Calw.

Hauschreiner

unverheiratet, in Dauerstellung
gesucht.

Schwarzwalldheim Schöm-
berg, Station Liebenzell.

Verlässlicher, kräftiger, junger

Mann,

der sich als Heizer ausbilden
will, gesucht.

Sanatorium Schwarzwalld-
heim Schömberg, Station
Bad Liebenzell.

2 tüchtige
Bollgatterfänger
können sofort eintreten bei
Gg. Gengenbach Söhne,
Sägewerk,
Dillweihenstein.

An das heute Abend 8 Uhr
im „Badischen Hof“ stattfindende

Konzert

wird hiermit nochmals erinnert.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer am Donnerstag, den 22. Mai
1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier

im Gasthaus zur Krone in Zavelstein freund-
lichst einzuladen.

August Gadenheimer,
Küfer, Sohn des Christoph Gadenheimer, Küfer-
meister in Zavelstein.

Rosa Ulber,
Tochter des Theodor Ulber, Kolgerber in Ebhausen.
Kirchgang halb 12 Uhr in Zavelstein.

Statt Karten.

Martinmoos-Neuweiler.

Hochzeits-Einladung!

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer am Donnerstag, den 22. Mai
1919 im Gasthaus zur Krone in Martinsmoos
stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Fritz Dürr,
Sohn des Johannes Dürr, Bauer ins Martinsmoos.

Elisabeth Klink,
Tochter des Jacob Klink, Amtsdiener in Neuweiler.

Kirchgang um 11 Uhr in Martinsmoos.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung
entgegennehmen zu wollen.

Frische Schwefelger-

Spargel

sind eingetroffen bei
Röhm-Dalcolmo, Marktpl.
Telefon 79.

Heinrichs-

Mostertrakt

(noch Friedensware)
ist zu haben bei
U. Reutter, Küfer
Liebelsberg.

Dienstbotengesuche!
haben in unserem Blatte
stets Erfolg, da der größte
Teil der Auflage auf dem
Landes Verbreitung findet.

Junger, solider Bürogehilfe

sucht ein

möbl. Zimmer.

Ang. an die Gesch. d. Bl.

Alle Hüte wie neu
durch Strohputz
und Strobin,

alt. Schuhen wie neu
durch Färbol, weiß,
gelb und schwarz

Ritter-Drogerie
gegenüber Hotel
„Waldborn.“